

Gestohlener Bundesrats-Laptop



Es fragte
Paul Günter,
Nationalrat SP, BE,
am 12.03.2007:

Medienberichten entnehme ich, dass am 23. Februar 2007 Bundesrätin Doris Leuthard in einem Restaurant der Bundesrats-Laptop gestohlen wurde. Seitens ihres Mediendienstes verlautete später, dass dadurch kein Sicherheitsrisiko entstanden sei. Kann der Bundesrat erklären, weshalb durch diesen Diebstahl kein Sicherheitsrisiko entstanden sein soll?

Es antwortete Bundesrätin Doris Leuthard:

Auf diese wichtige Frage möchte ich folgende Antwort erteilen; Herr Günter ist hier, nehme ich an? Jawohl. Es gibt, wie gerade Sie als Arzt wissen, in keiner Lebenslage absolute Sicherheit. Deshalb aber gleich von einem relevanten Sicherheitsrisiko auszugehen, wäre falsch. Dies ist im Zusammenhang mit dem Diebstahl meines Laptops vom Informationsdienst des EVD und vom Bundesamt für Informatik und Telekommunikation gegenüber den Medien denn auch bestätigt worden. Technische Massnahmen zur weiteren Erhöhung der Sicherheit sind ergriffen worden. Zu den Sicherheitsvorkehrungen im Informatikbereich gehört im Übrigen, dass nicht öffentlich über die Art des technischen Schutzes und den Grad der Verschlüsselung einer Festplatte informiert wird.



Euro 2008. Nichts für Familien?



Es fragte Vorstoss-Rekordhalterin Franziska Teuscher,
Nationalrätin der Grünen, BE, am 12.3.07:

Im Vorfeld der Euro wurde immer wieder betont, dass die Euro 2008 in der Schweiz auch attraktiv für die Familien sein soll. Mittlerweile stehen die Preise für die Euro-Tickets fest.

1. Findet der Bundesrat, dass die Preise für die Euro-Tickets «familienfreundlich» sind?
2. Ist er bereit, sich in den zuständigen Gremien dafür einzusetzen, dass auch Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, ein Fussballspiel in einem Stadion mitzuerleben?

Es antwortete Bundesrat Samuel Schmid:

Der Bundesrat ist nicht für die Ticketpreispolitik der Euro 2008 verantwortlich und verzichtet deshalb auf eine entsprechende Beurteilung. Allerdings kann darauf hingewiesen werden, dass für die Spiele der Euro 2008 aller Kategorien nebst dem Eintritt ins Stadion auch die Hin- und Rückfahrt zum Spiel im Ticketpreis enthalten ist. Es gibt ja ein 36-Stunden-Generalabonnement. Für Tickets der Kategorie 3 für 45 Euro bedeutet dies, dass eine vierköpfige Familie aus St. Gallen für ein Spiel in Zürich, für Eintritt und Anreise mit dem Zug insgesamt knapp 300 Schweizerfranken ausgeben würde.

Der Bundesrat sieht es nicht als seine Aufgabe, Einfluss auf die Vergabe der Tickets zu nehmen. Seit Anfang März läuft der Ticketverkauf. Die Chancen sind für alle gleich. Da die Nachfrage das Angebot übersteigen wird, werden in vielen Städten und Ortschaften in der Schweiz sogenannte Public Viewings stattfinden. Dies ermöglicht vor allem auch Familien, die Spiele ihrer Lieblingsmannschaft in einem stadionähnlichen Umfeld zu verfolgen.

Damit man sich wieder einmal vorstellen kann, womit sich unsere Parlamentarierinnen beschäftigen beziehungsweise womit sie die Verwaltung und den Bundesrat auf Trab halten, hier einige wichtige Fragen, die im Rahmen der Fragestunde gestellt wurden. Sie haben zwar nichts mit Medizin zu tun. Jedenfalls nicht direkt ...

Informations- und Deklarationspflicht für Solarien

Franziska Teuscher, Nationalrätin Grünes Bündnis, BE – wer sonst? –, reichte am 20.12.2006 eine Motion ein.



Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für eine Informations- und Deklarationspflicht für Solarien. Es soll sichergestellt werden, dass:

1. Hersteller und Händler von Solarien die Kundinnen und Kunden über die Strahlenintensität der Geräte und die damit verbundenen Gesundheitsrisiken aufklären;
2. Betreiber von Solarien die Nutzerinnen und Nutzer vor Ort über die mit dem Solariumsbesuch verbundenen Gesundheitsrisiken informieren;
3. dem Kinder- und Jugendschutz in diesem Bereich spezifisch Rechnung getragen wird;
4. die Behörden regelmässig kontrollieren, ob die Informations- und Deklarationspflicht bei öffentlichen Solarien umgesetzt wird.

Begründung: Die Inzidenzrate für Hautkrebs ist in der Schweiz sehr hoch. Sie hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Heute muss sogar jedes siebte Kind in der Schweiz damit rechnen, an Hautkrebs zu erkranken. Hautkrebs wird durch zu hohe UV-Exposition verursacht. Neben dem Sonnenbaden stellt auch der Besuch von Solarien ein erhebliches Risiko dar. Die Information der Konsumentinnen und Konsumenten ist ungenügend. Dies hat der Bericht zum Postulat «Nichtionisierende Strahlen» gezeigt. Es ist dringend erforderlich, die Bevölkerung vermehrt und gezielt über die gesundheitlichen Risiken von Solarienbesuchen aufzuklären.

Sowohl Hersteller, wie Händler und Betreiber müssen einer umfassenden Deklarations- und Informationspflicht nachkommen. Hersteller, Händler und Betreiber müssen die Strahlenintensität der einzelnen Geräte bekannt geben und über die Risiken informieren. Die Hersteller messen diese Strahlungswerte ohnehin. Es braucht auch Hinweise bei den Solarien in Schwimmbädern, Fitnessstudios, Hotels etc., dass der Besuch eines Solariums ein Gesundheitsrisiko darstellen kann. Insbesondere sollen Kinder und Jugendliche im Sinne des Jugendschutzes vor den negativen Auswirkungen der UV-Strahlung geschützt werden.



Neujahrsparty des Bundesamtes für Energie

Es fragte
Hans Kaufmann,
Nationalrat SVP, ZH
am 12.03.2007:



Gemäss Zeitungsartikeln vom 10. Januar 07 soll das Bundesamt für Energie im Hotel Allegro-Kursaal einen Neujahr-*Apéro* mit 300 Gästen veranstaltet haben, an dem u.a. Botschafter aus Brasilien und Norwegen, WWF-Vertreter und Berater des EU-Energie-Kommissars teilgenommen haben. Wie viel hat diese Veranstaltung die Steuerzahler gekostet? Welcher Zweck wird damit verfolgt?

Es antwortete Bundesrat
Moritz Leuenberger:

Seit fünf Jahren lädt das Bundesamt für Energie die wichtigsten Vertreter und Vertreterinnen der Energieszene Schweiz – Vertreter und Vertreterinnen der Bereiche Strom, Gas, Öl, Konsumenten und Konsumentinnen, die Kantone usw. – zu einer Jahresauftaktveranstaltung ein. Am 10. Januar wurde diese Veranstaltung erstmals im Rahmen der Verleihung der vom BFE vergebenen nichtdotierten neuen Auszeichnung «Watt d'Or» durchgeführt, weshalb auch die Gästezahl bedeutend grösser war als in den Vorjahren. Der Anlass fördert den Kontakt und den Dialog über die Grenzen von Verwaltung, Branchenverbänden, Parteien und Umweltverbänden hinweg. Das ist wichtig im Hinblick auf die anstehenden energie- und umweltpolitischen Herausforderungen. Die Rückmeldungen zahlreicher Vertreter und Vertreterinnen der Energieszene bestätigen den Stellenwert eines solchen Austausches. Wir sind gerne bereit, die Gästeliste nächstes Jahr um eine Adresse zu erweitern, wenn Sie Interesse daran haben. Die Kosten für die Veranstaltung im Hotel Allegro Kursaal in Bern betragen 25 500 Franken. Bei 400 Teilnehmenden entspricht dies dem mittleren bis oberen Preissegment.